

Große Anfrage

der Abgeordneten Markus Meckel, Ernst Bahr, Hans-Werner Bertl, Lilo Blunck, Dr. Eberhard Brecht, Hans Büttner (Ingolstadt), Dr. Marliese Dobberthien, Freimut Duve, Norbert Gansel, Günter Gloser, Angelika Graf (Rosenheim), Dr. Ingomar Hauchler, Rolf Hempelmann, Monika Heubaum, Uwe Hicks, Gerd Höfer, Wolfgang Ilte, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Werner Labsch, Detlev von Larcher, Dr. Elke Leonard, Dieter Maaß (Herne), Winfried Mante, Heide Mattischeck, Herbert Meißner, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Volker Neumann (Bramsche), Dr. Edith Niehuis, Leyla Onur, Albrecht Papenroth, Karin Rehbock-Zureich, Dr. Edelbert Richter, Dr. Hansjörg Schäfer, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schloten, Dr. Emil Schnell, Dr. Mathias Schubert, Dr. R. Werner Schuster, Dietmar Schütz (Oldenburg), Dr. Angelica Schwall-Düren, Rolf Schwanitz, Horst Sielaff, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Margitta Terborg, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Dietmar Thieser, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Hans-Georg Wagner, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Norbert Wieczorek, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Verena Wohlleben, Dr. Christoph Zöpel, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Situation an der deutsch-polnischen Grenze und Weiterentwicklung der guten Nachbarschaft zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im grenznahen Gebiet

Seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen am 17. Juni 1991 sind fünf Jahre vergangen. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten haben sich aufgrund dieses Vertragswerkes und der Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene erheblich verbessert. Das gilt auch für die grenznahe Zusammenarbeit. Die letzten fünf Jahre sind eine Erfolgsgeschichte:

1991 wurde der visafreie Verkehr eingeführt. Die Zahl der Grenzübertritte, ob auf den Personen- oder Transportverkehr bezogen, ist seither sprunghaft gestiegen. Mehrere Grenzübergänge wurden neu eröffnet. Eine Regierungskommission mit Vertretern beider Staaten begleitet die Entwicklung der Beziehungen im grenznahen Raum sowie zwischen unterschiedlichen Regionen. Die deutsch-polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft kann der Nachfrage für wirtschaftliche Kooperation kaum Herr werden, so

groß ist das Interesse. Der Deutsch-Polnische Umweltrat befaßt sich in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen mit den für beide Seiten wichtigen Umweltproblemen. Die Kommunalpolitiker der Grenzregion arbeiten in den vier Euroregionen intensiv zusammen. Die EU fördert mit den Programmen Interreg und PHARE die deutsch-polnische Grenzregion, manche Schwierigkeiten in der Gestaltung dieser Förderung werden überwunden. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) fördert zunehmend auch Kontakte zwischen Jugendlichen aus der Grenzregion. Auch die Zusammenarbeit der Parlamentarier beider Länder auf den verschiedenen Ebenen hat eine erfreuliche Breite und Intensität gewonnen.

Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit hat bisher mehr als 280 Mio. DM aus dem Milliardenkredit, den Bundeskanzler Dr. Helmut Schmidt im Jahre 1976 Polen gewährte, für deutsch-polnische Partnerschaftsprojekte in allen Teilen Polens zur Verfügung gestellt.

Die Beispiele ließen sich vermehren. Trotz dieser vielen Erfolge und Fortschritte ist die Situation an der deutsch-polnischen Grenze jedoch noch von mancherlei Problemen gekennzeichnet, die dringend einer Lösung bedürfen, wie das geplante und bedauerlicherweise nicht umgesetzte „Regionalförderprogramm Kultur“ zeigt.

Um den Defiziten und Problemen mehr Aufmerksamkeit zu schaffen und zu ihrer Lösung beizutragen, stellen wir der Bundesregierung folgende Fragen:

I. Abwicklung der Grenzabfertigung, Ausbau der Grenzübergänge

1. Wie viele neue Grenzübergänge sind bis zum Jahre 2000 insgesamt geplant?
2. Wie viele der neu geplanten Grenzübergänge sind ausschließlich für den kleinen Grenzverkehr vorgesehen?
3. Werden provisorische Grenzübergänge geplant, um das Verkehrsaufkommen bis zur Fertigstellung der geplanten Grenzübergänge aufzufangen?
4. Wie weit ist die Realisierung einer räumlichen Zusammenlegung der polnischen und deutschen Kontrollbehörden an den schon bestehenden Übergängen?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung angesichts des erheblichen Schwerlastverkehrs auch auf Nebenstrecken (Bundes-, Land- und Kreisstraßen), die Verkehrsinfrastruktur im grenznahen Bereich vorrangig auszubauen?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den insbesondere mit den Sonntagsfahrverboten zusammenhängenden Stauerscheinungen vor bzw. nach Sonn- und Feiertagen entgegenzuwirken?

7. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand des Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenbaus im deutsch-polnischen Grenzraum?
8. Welche Auswirkungen hat das Verkehrswegeausbaukonzept Paris–Moskau der EU auf die Verkehrswegeplanungen an der deutsch-polnischen Grenze?
9. Hält die Bundesregierung die derzeitigen Haushaltsmittel für den Ausbau der Grenzübergänge für ausreichend?
10. Kann die Bundesregierung Auskunft über den Stand der Gespräche bezüglich des Grenzüberganges Schwedt-Nord und die polnische Haltung zu diesem Vorhaben geben?

II. Zur Entwicklung des Grenzverkehrs

11. Wie hat sich das Volumen des Grenzverkehrs insgesamt entwickelt (Grenzübertritte, Warenaustausch/Abfertigungen etc.)?
12. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, den kleinen Grenzverkehr verstärkt zu unterstützen und reicht dafür der bisherige rechtliche Rahmen aus?
13. Wie bewährt sich nach Ansicht der Bundesregierung das am 5. April 1995 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten?
14. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, das deutsche Grenzschutz- und Zollpersonal an der deutsch-polnischen Grenze zu verstärken?
Wie wird der Personalbestand auf der polnischen Seite eingeschätzt?
15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über entstandene Verluste bei den Zolleinnahmen bei Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland und in die EU für die Jahre 1995 und 1996?
Was unternimmt die Bundesregierung, um diese zu verhindern?
16. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Verringerung der Kriminalität im unmittelbaren Grenzbereich (illegaler Handel, Prostitution, Autodiebstahl)?
17. Welche Maßnahmen werden seitens der Bundesregierung umgesetzt, um einen reibungslosen Abfertigungsablauf durch besseres Zusammenwirken der deutsch-polnischen Zoll- und Grenzorgane zu gewährleisten?
Wie kann insbesondere sichergestellt werden, daß die vorhandenen Abfertigungskapazitäten optimal genutzt werden?
18. Was kann seitens der Bundesregierung unternommen werden, um durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der

Entlohnung (Ost-/West-Tarif) die Motivation der BGS- und Zollmitarbeiter zu erhöhen?

19. Gibt es zwischen den Regierungen Absprachen, Ausbildungskurse für die Sprache des Nachbarn auch unter Förderung durch EU-Mittel durchzuführen?

Wie werden auf beiden Seiten der EU-Förderrichtlinien vermittelt?

20. Hält die Bundesregierung ein Rechtshilfeabkommen mit Polen für notwendig?

Gibt es darüber schon Gespräche?

21. Wie beurteilt die Bundesregierung die Abwicklung des deutsch-polnischen Grenzverkehrs nach dem Inkrafttreten des Schengener Durchführungsabkommens am 26. März 1995?

22. Welche zusätzlichen Absprachen wurden zwischen beiden Regierungen nach dem Inkrafttreten des Schengener Durchführungsabkommens getroffen, um den Verkehrsfluß an der Grenze zu beschleunigen?

23. Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung, dem Zustrom illegal Beschäftigter aus Polen entgegenzuwirken, um so insbesondere den Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg zu entlasten?

24. Hält es die Bundesregierung für wünschenswert, daß sich die Republik Polen um einen Assoziierungsstatus für das Schengener Durchführungsabkommen bemüht, und gibt es seitens der Republik Polen Bemühungen in dieser Hinsicht?

III. Zusammenarbeit im Grenzraum auf gesellschaftlicher Ebene

25. Gibt es vor dem Hintergrund, daß sich in den letzten Jahren eine Fülle von grenzüberschreitenden Projekten und Initiativen gebildet haben, Schwerpunkte, welche von der Bundesregierung besonders unterstützt werden?

26. Sieht die Bundesregierung einen besonderen Bedarf für den Jugendaustausch im Grenzgebiet?

Wie kann dieser zusätzlich gefördert werden?

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, für polnische Jugendliche zu Praktika in der Berufsausbildung in Deutschland eine Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis unkompliziert sicherzustellen?

27. Hält die Bundesregierung es für erstrebenswert, die Antragstellung beim DPJW für den Schulaustausch zu erleichtern, indem eine einheitliche Antragsstellung über das DPJW und nicht über die Bundesländer geschaffen wird?

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, die deutsche Umsatzsteuer für Personenbeförderungsverkehr von Nicht-EU-Ländern innerhalb der EU für den Jugendaustausch auszusetzen und umgekehrt darauf hinzuwirken, daß die polnische Einreise- und Straßengebühr für deutsche Jugendgruppen bei Busreisen ausgesetzt wird?

28. In welcher Weise wird der Aufbau von bilingualen Schulen auf deutscher wie auf polnischer Seite mit Schülern aus der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen durch die Bundesregierung unterstützt?
Welche Möglichkeiten der Studienförderung für polnische Absolventen dieser Schulen sieht die Bundesregierung?
29. Wann ist mit einem neuen Kulturabkommen zwischen unseren beiden Staaten zu rechnen?
Welche Probleme verzögern den dringend notwendigen Abschluß?
30. Was steht der gegenseitigen Anerkennung von Schul- und anderen Ausbildungsabschlüssen entgegen, und was wird getan, die Schwierigkeiten zu überwinden?
31. In welcher Weise fördert die Bundesregierung die deutsch-polnische Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der Wissenschaft im Grenzraum, und welche Planungen bestehen?
32. Unterstützt die Bundesregierung Projekte zur wissenschaftlichen Begleitung der Aufarbeitung der deutsch-polnisch Grenzproblematik, und in welcher Weise geschieht das?
Hält sie die Einrichtung eines gemeinsamen interdisziplinären Deutsch-Polnischen Instituts zur Erforschung der Grenzproblematik für sinnvoll?
33. Welche grenznahen deutsch-polnischen Aktivitäten und Vorhaben auf kulturellem Gebiet unterstützt die Bundesregierung, und welche Planungen bestehen?
34. Wann gedenkt die Bundesregierung, das vom Bundesminister des Innern geplante Regionalförderungsprogramm Kultur für die strukturschwachen Kreise und Gemeinden entlang der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze einzuführen?
35. Welche grenznahen Programme und Einrichtungen der politischen Bildung fördert die Bundesregierung, und welche Planungen bestehen?
36. In welcher Weise fördert die Bundesregierung den grenznahen deutsch-polnischen Journalistenaustausch, um die gegenseitige Kenntnis voneinander in der polnischen wie deutschen Öffentlichkeit zu vertiefen?
37. Welche Initiativen erwägt die Bundesregierung, die Arbeit der Euroregionen im deutsch-polnischen Grenzgebiet auf eine vertragliche Grundlage zu stellen, wodurch die kommunalen Körperschaften die nötigen Kompetenzen für ihre grenzübergreifenden Aktivitäten erhalten (Madrider Konvention des Europarats vom 21. Mai 1980)?
38. Hält die Bundesregierung die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur Förderung von regionalen und lokalen Projekten im deutsch-polnischen Grenzraum für ausreichend?

IV. Zusammenarbeit im Grenzraum auf wirtschaftlicher Ebene

39. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der grenznahen deutsch-polnischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, und welche Perspektiven sieht sie?
40. Hält die Bundesregierung die finanzielle Ausstattung der deutsch-polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft für ausreichend?
41. Was sind die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse der gemeinsamen Raumordnungskommission?
- Inwieweit sind in ihre Arbeit die Länder und Kreise einbezogen?
42. Wie schätzt die Bundesregierung die Arbeitsmarktsituation im Grenzraum ein, und welchen politischen Handlungsbedarf sieht sie in diesem Bereich?
- Hält sie eine Veränderung der Praxis der Bewilligung von Vertragsarbeitern für notwendig?
43. Inwiefern stellt die schleppende Abfertigung des Lastkraftverkehrs an den Grenzübergängen zu Polen ein Handelshemmnis dar?
- Läßt sich volkswirtschaftlicher Schaden durch die langen Wartezeiten beziffern?
44. Wie beurteilt die Bundesregierung die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes im Grenzgebiet, und wo sieht sie die Notwendigkeit, diese Zusammenarbeit verstärkt zu fördern?

V. Instrumentarien zur Förderung des deutsch-polnischen Grenzraumes

45. Hält die Bundesregierung die bisherigen Förderinstrumentarien für ausreichend?
- Welche Defizite und welche Möglichkeiten des Ausbaus der Förderung sieht sie?
46. Wie kann im Zusammenwirken mit der EU bei grenzüberschreitenden Projekten im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich eine Vereinfachung der Mittelinanspruchnahme aus unterschiedlichen Fördertöpfen (PHARE, Interreg) erreicht werden?
47. Welche Chancen sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß ab 1999 Interreg II und PHARE-Crossborder-Cooperation durch eine einheitliche EU-Grenzlandförderung abgelöst werden?

48. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Grenzraum über die EU-Förderung durch Interreg und PHARE hinaus durch Bund und Länder gezielt zu fördern?

Bonn, den 23. Mai 1996

Markus Meckel
Ernst Bahr
Hans-Werner Bertl
Lilo Blunck
Dr. Eberhard Brecht
Hans Büttner (Ingolstadt)
Dr. Marliese Dobberthien
Freimut Duve
Norbert Gansel
Günter Gloser
Angelika Graf (Rosenheim)
Dr. Ingomar Hauchler
Rolf Hempelmann
Monika Heubaum
Uwe Hirsch
Gerd Höfer
Wolfgang Ilte
Walter Kolbow
Horst Kubatschka
Dr. Uwe Küster
Werner Labsch
Detlev von Larcher
Dr. Elke Leonard
Dieter Maaß (Herne)
Winfried Mante
Heide Mattischeck
Herbert Meißner
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Leyla Onur

Albrecht Papenroth
Karin Rehbock-Zureich
Dr. Edelbert Richter
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schloten
Dr. Emil Schnell
Dr. Mathias Schubert
Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Horst Sielaff
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Dr. Bodo Teichmann
Margitta Terborg
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Dietmar Thieser
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Hans-Georg Wagner
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Norbert Wieczorek
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Verena Wohlleben
Dr. Christoph Zöpel
Rudolf Scharping und Fraktion

